vorort

STADTZEITUNG HERNE / WANNE–EICKEL

August 77 / Preis 50 Pf

Nr. 2

Stadt plant Westtangente:

Autobahn im Wohn-zimmer!

Siehe: Zerstörung v. Siedlung u. Wohnraum

Am Samstag, dem 14. 5. 77, meldete die WAZ mal nebenbei, daß die Westtangente ihre Schatten vorauswirft. Dem Artikel war zu entnehmen, daß der geplante Autobahnzubringer kostenintensive Lärmschutzmaßnahmen erfordert, weil die Schnellstraße mitten durch Wohngebiete läuft.

Die VORORT Redaktion ging der Sache auf den Grund. Hier die Ergebnisse :

1. die Arbeitersiedlung Glückauf-, Mathildenstr., Schalkestr. und Hüttenstr. sollen zerstört werden, wenn die Hammerschmidtstr. ausgebaut wird;
2. parallel zum Stadtgarten und Grünem Ring wird in Wanne-Eickel ein " Abgasring " gebaut;
3. die Kleingartenanlage an der Ecke Dürerstr./Eickeler Bruch wird ebenfalls zerstört, die Pächter erhalten keine Entschädigung;
4. zwischen den Wohnblocks Henri-Dunantstr. und Distelkamp wird der Autobahnzubringer durchgezogen, d.h. die Bewohner werden höchstens 10 Meter von ihrem Balkon eine Schnellstraße bewundern können.

Westtangente - worum geht es ? Es ist das oberste Planungsziel beim Bau des Autobahnzubringers, die Eickeler Bürger schneller zum Emscherschnellweg zu bringen. Diesem Planungsziel hat sich alles unterzuordnen.

Fortsetzung auf Seite 3

Stadtteil vor der Fehlplanung

Durch dieses Wohngebiet soll in Zukunft eine Stadtautobahn führen, die sämtlichen Verkehr von Bochum und Wattenscheid um den Stadtkern herum und zum Emscher schnellweg leiten soll.

Unmögliche Zustände in Herner Krankenhäusern

Ist es Ihnen auch schon mal passiert, daß Sie einen Verwandten ins Krankenhaus bringen wollten und Sie dann wie ein Hausierer von Krankenhaus zu Krankenhaus gehen mußten, weil kein Bett frei war ?, oder waren Sie einer von den Glücklichen, die zumindest ein Bett im Tagesraum oder im Flur ergattert haben, und wenn Sie im Krankenhaus waren, haben Sie sich dann eigentlich unwohl gefühlt ? :Das Pflegepersonal manchmal muffig, die Ärzte im Eiltempo bei der Visite an den Betteb vorbei, unverständliche Auskünfte gebend - und hinterher vielleicht die Frage : Bin ich nicht eigentlich zu früh entlassen worden ? Haben die denn meine Krankheit überhaupt richtig behandelt ? Oder ist Ihnen die Frage aufgetacht : Wenn man im Krankenhaus war, ist die eine Krankheit weg, aber eine andere dazugekommen ?!

Wenn ja, dann wundert uns das nicht, weil Sie nämlich kein Einzelfall sind. Wir, die "Arbeitsgruppe Gesundheitswesen" des Pflegemed.techn. Personals u. d. Ärzte. Wir haben ähnliche Erfahrungen gemacht, wie Sie, nur sind wir nicht die"Opfer" dieser Situation, sondern oft gezwungenermaßen "Ausführungsorgane"....

Unsere Eindrücke von Arbeitsplätzen in Herner und Wanner Krankenhäusern kann Ihr Bild von der gesundheitlichen Versorgung sozusagen von der anderen Seite, oder von innen her ergänzen - vielleicht trägt das auch dazu bei, Verständnis zwischen Patienten und Pflegepersonal zu wecken :

Im Anna-Hospital in Wanne z.B., werden im Nachtdienst rund 6o Patienten von einer Schwesternhelferin, die dafür nicht ausgebildet ist, betreut. Darunter sind oft frischoperierte Patienten, die eigentlich einer ständigen Überwachung (Puls, Blutdruck, Atmung, Ausscheidungen) bedürfen. Im Marienhospital in Herne 1, mussen Patienten, bei denen komplizierte Herzuntersuchungen vorgenommen werden, fast immer im Tagesraum liegen.

Wiederum im Anna-Hospital in Wanne müssen zur Op vorbereitete Patienten auf den Gängen vor dem Operationssaal liegen. oft werden sie freundlich gebeten,obwohl sie die Narkosevorbereitung schon erhalten haben, zu Fuß zum Op-Tisch zu gehen. Die Sterilität in den Op's läßt derart zu wünschen übrig, daß viele Wunden nach einigen Tagen zu eitern beginnen.

Lesen Sie weiter auf Seite 4

Meinungs-und Informations-freiheit

In der ersten Ausgabe der VORORT haben wir begründet, warum wir hier in Herne eine Stadtzeitung brauchen. Die ansässigen bürgerlichen Zeitungen, wie WAZ und Ruhr Nachrichten fühlten sich erwartungsgemäß auf den Schlips getreten.

Frau Wollenhaupt, ihres Zeichens Leiterin der Lokalredaktion der WAZ in Wanne-Eickel soll gesagt haben, daß die WAZ keine Artikel über die VORORT veröffentlichen würde, wenn wir nicht unsere " Lügen und Unverschämtheiten " über die WAZ zurücknehmen würden. Nun, wir verzichten dankend auf die " Ehre ", von der WAZ " gewürdigt " zu werden. Was die VORORT Redaktion und die mitarbeitenden Gruppen und Initiativen zu sagen und zu berichten haben, erfährt man am besten aus der VORORT und nicht aus der WAZ.

Trotzdem wollen wir den Vorwurf, die VORORT würde " Lügen und Unverschämtheiten " verbreiten, doch einmal etwas genauer untersuchen.

Zensur bei der WAZ

" Die WAZ verfälscht, verschweigt und unterdrückt Informationen ", war eine unserer Behauptungen. Am 13. 7. 77 war in der Lokalausgabe Wanne-Eickel der WAZ ein Artikel über die Bürgerinitiative gegen die STEAG Erweiterung. Die Bürgerinitiative hatte der WAZ eine Presseerklärung geschickt, in der mitteilte, daß sie die Entscheidung des DGB Kreisvorstandes, nicht an der Podiumsdiskussion über die Erweiterung der STEAG teilzunehmen, nicht akzeptiert.

Die WAZ hat diese Presseerklärung ü b e r a r b e i t e t und a u s z u g s w e i s e veröffentlicht. Schreibt jedoch das Presse-und Informationsamt der Stadt, ein Ratsmitglied oder sonst ein honoriger Bürger, werden deren Briefe oder Erklärungen selbstverständlich in voller Länge abgedruckt.

Nebenbei : Das war seit längerer Zeit die erste Presserklärung der Bürgerinitiative gegen die STEAG Erweiterung, die von der WAZ wenigstens auszugsweise veröffentlicht wurde; andere Presseerklärungen der Bügerinitiative sind von der WAZ schlicht und einfach übergangen worden.Eigenartig ebenfalls, daß die Mitteilung der Bürgerinitiative im Herner Teil einige Tage früher zu lesen war, als in Wanne- Eikkel.Der" Stehsatz", in dem Artikel warten, bis sie zur Veröffentlichung " reif " sind, war wohl doch keine böswillige Unterstellung der VORORT ?

Fortsetzung : Seite 2

IN EIGENER SACHE

Schon seit der letzten Ausgabe der VORORT war abzusehen, daß lediglich durch Einzelverkauf unsere Kosten nicht gedeckt werden konnten. Zumal wir bewußt auf kommerzielle Anzeigen verzichten, um nicht in irgendeine finanzielle Abhängigkeit zu geraten. Deshalb bitten wir mit der dieser Ausgabe beigelegten Postkarte die Zeitung zu abonnieren. Die Zustellung erfolgt durch Boten.

Ihre Redaktion

Fortsetzung v. : Meinungs- u. Informationsfreiheit bei der WAZ.

Die letzten Pressemitteilungen der Frauengruppe Wanne, einer unabhängigen Initiative, sind systematisch von der Lokalredaktion unterdrückt worden. Als aber die SPD Frauen auf die Idee kamen, ein Frauenzentrum in Herne 1 zu eröffnen, war diese Neuigkeit dick gedruckt auf der ersten Seite der Lokalausgabe zu lesen.Dazu muß man wissen, daß Gabi Wollenhaupt die Gemahlin von Karl Wollenhaupt ist, der seinerseits Mitglied des SPD Unterbezirksvorstandes ist.
Die Presseerklärung der VORORT Redaktion über das Pressefest, die v o r dem Erscheinen der ersten Ausgabe an die WAZ gegangen war, landete selbstredend im Papierkorb irgendeines Lokalredakteurs.
Ist eigentlich der Frau Wollenhaupt zugeschriebene Satz, die WAZ würde keine Artikel über die VORORT veröffentlichen, nicht schon allein bedenklich genug ?
Wir schrieben weiterhin, daß die WAZ von den Anzeigen der Manager, Fabrikbesitzer, Baulöwen u.s.w. abhängig ist und deshalb nur schreibt,was diese Leute hören und lesen wollen, b.z.w. was die Bevölkerung lesen s o l l !

Zur Zeit läuft vor dem Kartellamt in Düsseldorf gegen die WAZ ein Verfahren wegen des Verdachts des Mißbrauchs einer Monopolstellung. Es handelt sich um die sogenannte " tarifeinheitliche Belegung " von Anzeigen. " Tarifeinheitliche Belegung ", das ist die Verpflichtung jedes Anzeigenkunden, nicht nur in der WAZ zu inserieren. sondern in allen Zeitungen des WAZ Konzerns, die am Ort erscheinen. Florian Lensing-Wolf, Verleger der Ruhr-Nachrichten,hat die WAZ Praktiken an die Kartellbehörde "verpfiffen", weil er selber Angst um die Anzeigen für s e i n Blatt hat.Der Manager des WAZ Konzerns, ein gewisser Grotkamp, erklärte vor der Kartellbehörde zynisch, daß die WAZ " mindestens 30 Lokalredaktionen schließen müßte, wenn die tarifeinheitliche Belegung verboten wird."Es handele sich um mehr als die Hälfte aller Lokalredaktionen der Neuen Rheinischen Zeitung und der Westfälischen Rundschau, sowie um etwas weniger als die Hälfte der Westfalenpost. Welche Redaktionen nun genau den Stillegungsplänen zum Opfer fallen, wollte Grotkamp nicht sagen. Man wolle die Belegschaft ja nicht beunruhigen!
Wir sind Grotkamp dankbar,daß er uns in aller Öffentlichkeit vorrechnet, um was es der WAZ tatsächlich geht : um das lukrative Geschäft mit den Anzeigen!
Die Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung ist diesen " eifrigen Verfechtern der Pressefreiheit "scheißegal. Sie machen, wenn es ihnen in den Kram paßt, kurzerhand 30 Lokalredaktionen dicht und schmeißen die Mitarbeiter einfach auf die Straße.
Wenn die WAZ bereit ist, im Interesse ihrer Anzeigen zu solchen Erpressungsversuchen zu greifen, dann ist sie mit Sicherheit bereit,freundliche und wohlmeinende Artikel über ihre Anzeigenkunden zu schreiben.
Die " fröhliche Ferienstadt Gysenberg " wird finaziert durch die WAZ, die Stadtverwaltung und Spenden der Bevölkerung und einzelner Unternehmen. Obwohl wir es grundsätzlich begrüßen, wenn die Unternehmen von dem Gewinn, den die Arbeiter und Angestellten erarbeiten, ein bischen abgeben, so halten wir jedoch die Tatsache für bedenklich, daß für die " Spenderfirmen " in der WAZ groß aufgemachte Artikel erscheinen, für die Unternehmen unbezahlte Anzeigen und Werbung, wie zum Beispiel bei einem Artikel über eine Großbaustelle der Firma Heitkamp in Mittelfranken(!), der auf der ersten Lokalseite(!) erschien(WAZ v. 2. 7. 77).

Kann man nun Artikel in der WAZ 'kaufen'?

Ein Konzern wie der der WAZ oder auch die Ruhr Nachrichten sind reine Wirtschaftsunternehmen. Ihre Ware, die sie verkaufen, ist die Nachricht, die Information. Wie bei allen Wirtschaftsunternehmen ist das Interesse an der Ware zweitrangig, entscheident ist allein der Gewinn, der am Ende rauskommt. Wenn dafür die " Ware " mal etwas gedreht und gewendet wird, wenn Redaktionen stillgelegt werden, Zeitungen aufgekauft werden, was soll's, Hauptsache die Kasse stimmt und daran ändern auch die gutgemeinten und ernsthaften Versuche einiger weniger Redakteure nichts. Presse-und Informationsfreiheit ist hier das Papier nicht wert, auf dem Zeitungen wie die WAZ und Ruhr Nachrichten gedruckt werden.
Die VORORT wird jedenfalls versuchen, ein Stück Meinungsfreiheit in Herne wiederherzustellen.
Wir werden auch in Zukunft das Meinungsmonopol der WAZ-Gruppe anprangern, um unseren Lesern die Wahrheit zu bieten.

O. Weigels Allmacht

Der städtische Oberverwaltungsrat Otto Weigel, seines Zeichens Leiter des Herner Ordnungsamtes, ist nicht nur bei seinen Mitarbeitern bei der Stadtverwaltung als besonders unbeliebtes Exemplar der Gattung Chef bekannt. Von der Unfreundlichkeit und Pedanterie des Herrn Weigel und mit ihm seiner ganzen Behörde können auch viele Herner Bürger, die jemals mit dem Ordnungsamt zu tuen hatten, ein Lied singen. War dieser Otto Weigel noch im letzten Jahr anläßlich einer Rundfunkübertragung zur Eröffnung der Cranger Kirmes die Attraktion auf Grund seiner schlagfertigen und urigen Bemerkungen (Zitat von C. Thomas : " Der Mensch ist ja mit Geld gar nicht zu bezahlen "), bewies er in jüngster Zeit sehr eindrucksvoll, welch Geistes Kind er in Wirklichkeit ist, als er sich mit der gesamten Macht seines Amtes mit der Inhaberin eines Bratwurststandes und deren Ehemann anlegte.
Folgendes war passiert :
Am 15. 4. 76 hatte Frau Karin Volkenhoff vom Amt für öffentliche Ordnung die Erlaubnis erhalten, " gemäß §§ 24 und 26 der ordnungsbehördlichen Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in, auf, an und über (! kein Druckfehler) der Straßen der Stadt Herne " Imbißwaren zu verkaufen. Diese Genehmigung kostete stolze 180.-DM Verwaltungsgebühren. Das Geschäft mit den Würstchen ließ sich gut an; bis zum 3. 5. 1976. Gegen eine Postzustellungsurkunde bekam die Inhaberin der Bratwurstbude eine Ordnungsverfügung des Amtes für öffentliche Ordnung ausgehändigt. Darin wurde nach § 31 des Gaststättengesetzes in Verbindung mit § 15 Abs. 2 der Gewerbeordnung " der Betrieb einer Speisewirtschaft in Form eines Imbißbetriebes " untersagt.
Das große"Vergehen"der Karin Volkenhoff bestand darin, nicht nur Bratwürste verkauft sondern (wie schrecklich) auch den Verzehr (!) an Ort und Stelle zugelassen zu haben.
Das war für Otto Weigel zu viel : Verkauf ja - Verzehr nein !
Als trotz sofort aufgestellter Hinweisschilder auf die zumindestens sehr eigentümliche Rechtsauffassung des Ordnungsamtes erneut Kunden vor dem Stand eine Wurst verzehrten, schlug die Behörde mit der vollen Härte des Gesetzes zu. Ein Bußgeldbescheid über 319.-DM sollte die Bratwurstkasse dezimieren. Die Volkenhoffs legten Einspruch ein; das Urteil steht noch aus. Seither wurde jedoch das Ehepaar Volkehoff systematisch zu Grunde gerichtet. Als sie ihren Bratwurststand auf ein Grundstück der Landesentwicklungsgesellschaft NRW in der Herner Bahnhofstr. (Fußgängerzone) verlegten, hatten weder Grundeigtümer noch Straßenverkehrsamt etwas dagegen - allerdings nur 18 Tage lang. Dann nämlich zog die Landesentwicklungsgesellschaft aus " gegebenem Anlaß " und nach Rücksprache mit der Stadt Herne die Genehmigung wieder zurück, und der Stand mußte dichtgemacht werden. Ergebnis, der ehemalige Wurstverkäufer Klaus Volkenhoff muß seitdem von der Arbeitslosenunterstützung leben.

Trotz Hinweisschild aßen die Kunden weiter am Kiosk
Jetzt ist der Wurstverkäufer arbeitslos

Kommentar zu der Angelegenheit von Manfred Scheibe, stellvertretender Pressesprecher der Stadt Herne : Die Schuld liegt vor allem bei Karin Volkenhoff. Sie habe ursprünglich nur einen Antrag auf Genehmigung des Verkaufs,nicht aber des Verzehrs gestellt.
Fazit : Der Amtsschimmel und auf ihm Otto Weigel reitet auch in Herne ganz schön schnell.

Für alle anderen, die auch was tun abonnieren wollen:

JAHRESABONNEMENT (52 Ausgaben)
37,50 DM (incl. Porto)
W.Wolf Commerzbank Frankfurt 541 100
Postanschrift der Redaktion
"Was tun", Speicherstr.5,
6 Frankfurt, Tel. 0611/231012

Kein AKW in NRW...

Nur 75 Km von Herne entfernt, in Kalkar am Niederrhein, ist das gefährlichste Atomkraftwerk (AKW) Deutschlands im Bau: Der "Schnelle Brüter". Am gleichen Ort ist noch der Bau eines viermal stärkeren Brüters geplant. Diese Reaktoren unterscheiden sich von den heutigen AKW's dadurch, daß sie mehr Brennstoff herstellen, als sie selbst verbrauchen. Da die Uranvorräte bis 1990 erschöpft sein werden, ist der Bau dieser Brüter besonders wichtig. Allerdings klappt es mit den Brutreaktoren nichts so, wie es sich die Techniker vorstellen. In Fermi (USA) wäre ein solcher Reaktor fast explodiert, nachdem die Kühlung ausgefallen war. Deshalb ist der Brüter von Kalkar ein Versuchsobjekt für den Staat und die Industrie. Die Baukosten werden auf 2,3 Milliarden veranschlagt. Obwohl der Reaktor erst 1981 in Betrieb geht, steht das Reaktorgebäude kurz vor der Fertigstellung. Dabei ist bis heute weder eine endgültige Baugenehmigung geschweige denn eine Betriebsgenehmigung erteilt! Die Baufirma, die "Schnelle-Brüter-Gesellschaft", ist Eigentum des belgischen Staates, der Niederlande und der BRD. Der Staat erteilt sich also selbst die Baugenehmigung.
Deshalb setzt der Staat auch alle Hebel in Bewegung, um die Protestbewegung gegen den Brüter in Kalkar zu zerschlagen. Genau wie in Brokdorf und Grohnde wird er versuchen, die Gegner der Atomenergie als "Terroristen und Chaoten" hinzustellen. Aber geht es uns um Spaß am Krawall?
Wenn die Kühlung eines Atomreaktors versagt, schmilzt selbst bei sofortiger Abschaltung das Reaktordruckgefäß. Die dabei

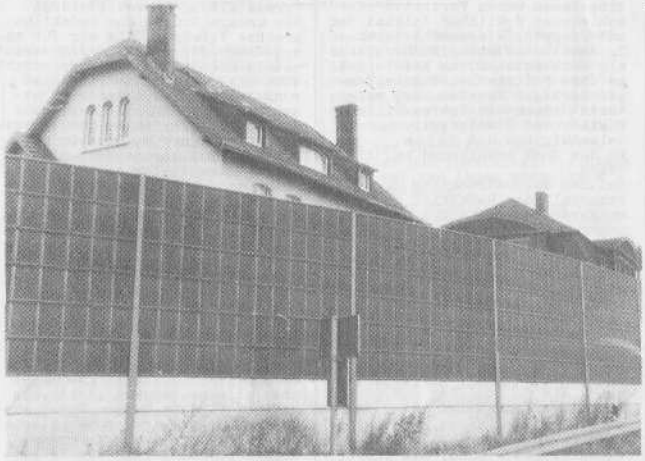
stattfindenden Explosionen können riesige Mengen Radioaktivität ins Freie strömen lassen. Beim schnellen Brüter kommen zusätzlichen Gefahren hinzu :
Der Betrieb eines Brüters gerät viel schneller außer Kontrolle, d.h. bei technischen Pannnen kann der Reaktor hochgehen wie eine Miniatombombe. Außerdem haben die Brüter ein zweistufiges Kühlsystem: flüssiges Natrium wird im Reaktor erhitzt, fließt durch einen Wasserkessel und erzeugt so den Wasserdampf, der die Turbine antreibt. Wenn durch ein kleines Loch Wasser und Natrium zusammenkommen, reagieren beide explosionsartig. Die Folgen sind bekannt. Ganz abgesehen von der Explosionsgefahr erzeugt der Brüter mehr Plutonium als die heutigen Atomkraftwerke, eines der gefährlichsten Giftstoffe, die der Mensch kennt. Wenn die Inbetriebnahme dieses Mordreaktors noch verhindert werden soll, ist es jetzt höchste Zeit. Die Landeskonferenz der nordrheinwestfälischen Bürgerinitiativen hat deshalb beschlossen, zusammen mit den niederländischen Atomkraftgegnern für den Herbst eine Protestaktion am Bauplatz in Kalkar vorzubereiten.
Auf zur Demonstration nach Kalkar am
24. September 1977 !!

Außerdem gibt es in Herne eine Anti-Atomkraft-Initiative:
Treffpunkt Club Courage, Bochumerstr., Herne 1
jeden Dienstag um 19 Uhr

ZUR WESTTANGENTE:

Die Westtangente bildet die Verlängerung der Schlachthofstr. über die heutige Gelsenkirchenerstr. in Richtung Eickel. Dabei entsteht in Höhe des Zechenwegs eine riesige Kreuzung, denn die Gelsenkirchenerstr. wird ebenfalls verlegt (darüber mehr in der nächsten Ausgabe der VORORT).

Als Brücke wird die Westtangente über die Bundesbahnhauptstrecke geführt(Kosten: 8 Mio DM). Im Anschluß daran muß die östliche Hälfte der Goethehalde abgetragen werden. Die Dürer-und Martinistr. werden zu Sackgassen umgebaut. In Höhe der Kreuzung Dürerstr./ Eickeler Bruch/ Kurhausstr entsteht ein Anschluß, dem die Kleingartenanlage zu weichen hat. Dieser Anschluß mündet in die Kurhausstr., damit sich auch die Schüler des Gymnasiums über den Krach freuen können. Die stolzen Villenbesitzer zwischen Dürer-/Martinistr. können dagegen in Ruhe ihren Nachmittagstee trinken, denn dort wird ein Lärmschutzwall errichtet, der eine Höhe von 8 Metern erreichen wird. Weiter in südlicher Richtung werden an der Röhlinghauserstr. und Burgstr. 2 Ampelkreuzungen gebaut.
Zwischen diesen Straßen befinden sich die Wohnblocks Henri-Dunantstr. und Distelkamp. Der Autobahnzubringer wird hier in einem Abstand von höchstens 10 Metern an den Häusern vorbeilaufen.
Der Schwachsinn dieser Planung wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Westtangente seit Mitte der sechziger Jahre in Planung ist. Dagegen wurden die Wohnblocks erst Ende der sechziger Jahre errichtet.
Der leitende Baudirektor des Tiefbauamtes, Herr Rubach, konnte der VORORT Redaktion versichern, daß bis heute die Frage des Lärmschutzes nicht geklärt ist ! Aber außerdem müsse man, so Rubach, zwischen Lärm, den man hört, und Lärm, wie er im Gesetz festgeschrieben ist, unterscheiden. Und das macht Herr Rubach von Berufe wegen.
Nördlich der Gelsenkirchenerstr. werden Schlachthof-und Hammerschmidtstr. vierspurig ausgebaut. Zu diesem Zweck werden mindestens die vorderen Häuser der Arbeitersiedlung abgerissen, die direkt an der Hammerschmidtstr. liegen. Der verantwortliche Bürokrat im Stadtplanungsamt, Herr Müller, meinte zynisch : " Der Autobahnzubringer wird so einen Krach machen, daß die Leute von selbst ausziehen werden ! "
Wenn die Fronthäuser abgerissen werden, kann der gesamte Straßenlärm in die Innenhöfe der Siedlung eindringen. Das ist die ganze Absicht dieser Leute, die auch den immer noch gültigen Bebauungsplan(Nr. 76/1) für dieses Gebiet erstellt haben. Dieser Bebauungsplan sieht vor, die Siedlung abzureißen und eine vierstöckige Neubebauung hochzuziehen.



Solche Lärmschutzwände; hier an der Abfahrt des Emscherschnellweges in Herne-Horsthausen, sollen wohl auch entlang der Westtangente entstehen.

1 Sportplatz Zeche Pluto

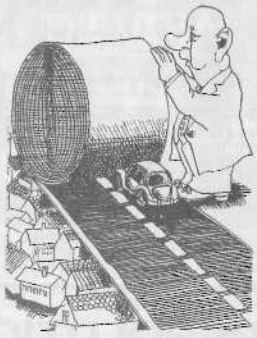
2 Goethe'halde

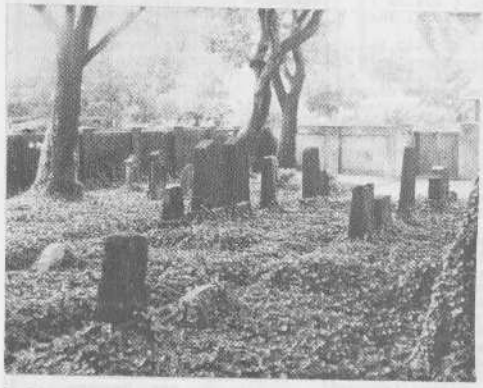
3 Schrebergartenkolonie mit altem Judenfriedhof

4 Wohnsiedlung zwischen Distelkamp und Henri-Dunant-Straße

(Auf jeder Karte der Stadt Herne ist bereits die Westtangente eingetragen; leider wurde uns nicht erlaubt Ausschnitte aus diesem Stadtplan abzudrucken)

Gestrichelte Linien = Westtangente





Entlang der Friedhofsmauer wird die Trasse der Westtangente verlaufen

Auch diese Kleingartensiedlung soll der Stadtautobahn zum Opfer fallen

ESSEN:

LBU gründet Arbeitskreis Verkehr

Der neugebildte ARBEITSKREIS VERKEHR des LANDESVERBANDES BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ nannte am 14. 7. 77 in Essen seine Ziele, nämlich :

1. den massiven Interessensorganisationen des Straßenbaus entgegenzutreten;
2. den einzelnen Bürgerinitiativen Hilfestellungen zu geben.

Für uns Herner ist neben dem Angebot der Hilfestellung die Aufhellung einer interessanten Tatsache wichtig. Das Gemeinde- und Verkehrsfinanzierungsgesetz garantiert den Kommunen, daß Bund und Länder bis zu 85% der innerörtlichen Straßenbaukosten tragen, wenn die Gemeinden den Ausbau als Hauptverkehrs- oder Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehrsnetz benennen. Im Klartext heißt das : um den Stadtetat zu schonen werden Wohnstrassen nicht instand gesetzt, sondern zu vierspurigen Stadtautobahnen wie die in Wanne-Eickel geplante Westtangente ausgebaut. An die Adresse derer, die sich bei jedem Unheil unter dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung verstecken, wandte sich der Arbeitskreis ebenfalls. Statt durch weitgehend automatisieren Straßenneubau könnte sich die Zahl der Arbeitslosen durch andere Maßnahmen wesentlich eher verringern.
Zu diesen Maßnahmen zählen die Sprecher des Arbeitskreises beispielsweise den Bau von Spielplätzen für Kinder, Freizeitzentren für Senioren, Schallschluckmauern für bereits gebaute Autobahnen, und die Umgestaltung oder Stillegung mancher Straßen nach holländischem Vorbild.
Aus dem früher notwendig gewesenen Ausbau des Straßennetzes hat sich im Laufe der Zeit ein riesiger Wirtschaft- und Behördenapparat gebildet. Um sich selbst zu erhalten, arbeiten die Bürokraten Hand in Hand mit den Baulöwen, um ihre Staßenbaupolitik auf Kosten der Bürger durchzusetzen.
Ungeachtet ihrer politischen Einstellung wollen die Mitglieder des Arbeitskreises immer dann Widerstand leisten, wenn

Straßenplanungen Bürgerrechte zu verletzen drohen -ein Widerstand, " der dem in Brokdorf nicht nachsteht. "

VS in Wanne

Am 6. 4. veranstalteten wir, damals noch als "Gruppe alternative Stadtzeitung" im Falkenheim einen Informationsabend zu den Gefahren von Atomkraftwerken. Anscheinend haben unseren Flugblätter zu dieser Veranstaltung einen weiten Teil des Landes erfasst. Denn eiige Tage später beehrten zwei Herren des Verfassungsschutzes das Falkenheim. Man interessierte sich für die Veranstalter, Besucherzahlen, generell für alles was der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" so gefährlich wird, wenn 50 besorgte Bürger sich informieren. Nebenbei ließ man gegenüber der Heimleitung verlauten, daß gegen uns sowieso schon eine Schadensersatzklage über 15000.-DM (bis heute noch nicht eingetroffen) wegen "wilden Plakatierens" laufen. Nach dem Motto : Und mit so was geben sie sich ab, das sind ja Kriminelle !

TOD IM OP ?

Im Evang. Krankenhaus in Herne 1 liegen Patienten mit hochanstecken den Krankheiten (Hepatitis, Scharlach, Paratyphus) auf einer Station, die dafür nicht die dafür nicht die nötigen Voraussetzungen bietet. Auch erhält das Personal auch nicht die Infektionszulage, die für die Pflege derartig erkrankter Patienten von der Berufsgenossenschaft eigentlich vorgesehen ist.

Für fast alle Herner und Wanner Krankenhäuser gilt, daß ältere pflegebedürftige Menschen (die sicherlich in ein Pflegeheim sollten, aber die gibt es ja auch nicht genug) aber auch lebensbedrohlich Erkrankte, von einem Krankenhaus zum anderen geschickt werden; Patienten, die krankengymnastische Behandlung nötig hätten, werden zu früh entlassen - die folge sind oft Spätschäden, für die niemand die Verantwortung übernehmen will. Grundpflege des schwerkranken Menschen (tägl.Waschen ,Mundpflege, Umbetten,persönliche Zuwendung) wird fast überall zu wenig und zu oberflächlich durchgeführt, hygienische Maßnahmen werden vernachlässigt: Obwohl führende Hygieniker festgestellt haben, daß zuviele Menschen im Krankenhaus an Hospitalinfektionen sterben (sie infizieren sich an Krankheitskeimen, die im Krankenhaus grassieren), gibt es z.B. kaum ein Krankenhaus in Herne und Wanne, daß seinem Personal ausreichende Dienstkleidung stellt, eine Voraussetzung dafür, daß die gefährliche Keimverschleppung unterbunden wird Im Gegenteil gibt es in vielen Krankenhäusern Gemeinschaftsseife und Gemeinschaftshandtücher, die oft nicht einmal täglich gewechselt werden. Nötig wären Einmalhandtücher und Seifespender, aber die sind zu teuer !

Patient und Personal

Es ist schon absurd : Wir möchten gerne gute Arbeit machen, wir sehen, die Patienten werden oft nicht gut versorgt, aber wir sind dochoft gezwungen schlechte Arbeit zu machen.

Wie alles andere in unserer Gesellschaft, soll auch die Versorgung des kranken Menschen nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip funktionieren, denn auch im Krankenhaus heißt die Devise: 1. SPAREN , 2. SPAREN, 3. SPAREN und zwar sowohl an Zeit (denn jeder weiß ja, Zeit ist Geld) - zuwenig Personal wird eingestellt, kein Handschlag darf am Patienten zuviel gemacht werden , kein unnützes Wort an die Patienten "verplempert", nicht ausreichend qualifizierte Kräfte werden mit Aufgaben betraut, durch die sie überfordert sind, - als auch an Material : Einmalartikel sollen öfter gebraucht, Bettwäsche seltener gewechselt werden.

Auch für diese beiden Punkte können wir noch etwas Hintergrundinformationen geben, Über Dinge, die Sie als Patient normalerweise nicht wahrnehmen, die auch nicht an die Öffentlichkeit dringen : Die Arbeitshetze im Pflegedienst wächst, weil freie Stellen nicht besetzt werden. Diese Tendenz soll noch weiter verstärkt werden. Die Personalbestände sollen auf den Stand von 1969 reduziert werden (obwohl damals laute Hilfeschreie nach mehr Pflegepersonal gerufen wurden !). Pflegeschülerinnen und -schüler sollen nach der Ausbildung nicht ins Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Gleichzeitig müssen diese aber während ihrer Ausbildung Aufgaben übernehmen, für die eigentlich examinierte Kräfte im Stellenplan vorgesehen sind, z.B. an den Wochenenden Dienst auf der Station in eigener Verantwortung führen. Auch hier könnten wir noch viel mehr Beispiele bringen - über Wochenenddienste an eigentlich freien Wochenenden, über Arbeiten die wir nicht ausführen dürften usw.,usf. -

Sicherlich können Sie jetzt etwas besser verstehen, warum auch die geduldigste Krankenschwester muffig werden kann.

Aber können Sie auch verstehen, wie bei alledem das Gesundheitsministerium in NRW ein Krankenhausfinanzierungsgesetz erlassen kann, das umfassende Sparmaßnahmen auf dem Gesundheitssektor vorsieht daß diese Sparmaßnahmen sich nicht gegen haarsträubende Preise , z.B. der pharmazeutischen Industrie richten, auch nicht gegen die bekanntlich saftigen Arzthonorare, können Sie verstehen, daß Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen (teilweise schon werden), die Arbeitsplätze wegrationalisieren, daß also Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen, die die Liegezeiten verkürzen und die Wartezeit auf Betten verlängern werden?

Können Sie sich denn bei alledem vorstellen, was Gesundheitsminister Farthmann unter dem "Bettenberg" versteht, der abgebaut werden soll?

Wir können uns das inzwischen sehr gut vorstellen, denn wir spüren es am eigenen Leib; wir haben verstanden, daß das heißen wird : Sie als Patient werden demnächst bestimmt nicht besser versorgt, eher schlechter und wir als Personal fangen an, uns um unsere Arbeitsplätze zu sorgen.

Wir haben das verstanden, aber wir wollen es nicht akzeptieren. Wir wollen, auch mit Ihnen zusammen, Mißstände aufgreifen und Möglichkeiten finden, etwas dagegen zu unternehmen.

Dazu können Sie beitragen, indem Sie uns Ihre Erfahrungen mitteilen. Wir werden darüber berichten.

Arbeitsgruppe Gesundheitswesen
Gruppe Herne

Die VORORT Redaktion empfiehlt allen Rentnern, die bisher meinten, sich dieses Jahr keinen Urlaub leisten zu können, sich an das Diakonische Werk zu wenden. Im Rahmen der sogenannten Altenerholung können Sozialrentner bis zu 375.-DM an Zuschüssen erhalten. Die Einkommensgrenze liegt bei 760.- DM zuzüglich der monatlichen Mietbelastung.
Zum Beispiel bietet das Diakonische Werk 3 Wochen Rattlar / Suerland vom 9. 9. bis 29. 9. 77 an; Preis : 435.- DM, abzüglich der Zuschüsse macht 6o.- DM !
Interessierte Senioren wenden sich an das
Diakonische Werk, Hauptstr. 245a in Herne 2 Tel. 7 11 71
oder
Albert-Klein-Straße 1 in Herne 1 Tel. 8 19 89

Die städtischen Gebühren erreichen heute schon ein Inflationsniveau,von dem die private Wirtschaft nur träumen kann :
Für Änderungen von Adressen im KFZ Schein berechnet das Strassenverkehrsamt 240.- DM Stundenlohn; eine Adressenänderung dauert 2 Minuten und kostet 8.-DM!

---

vorort Presse Fest

Am 25. 6. 1977 veranstaltete die VORORT Redaktion ein Pressefest im " Haus der offenen Tür ". Eingeladen waren Vertreter verschiedener örtlicher Initiativen und Gruppen, die sowohl durch Informationsstände, Büchertische als auch durch kurze Redebeiträge ihre politischen Vorstellungen darlegen konnten. Den weiteren Rahmen des Festes bildeten Musiker und Theatergruppen aus Gelsenkirchen und Bochum.
Zu dem Fest erschienen ca. 120 Gäste.
Bei der Nachbetrachtung kam es innerhalb der Redaktion zu Meinungsverschiedenheiten, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.
Allgemein wurde von allen Seiten der relativ ungünstige Termin des Festes als ein Hauptpunkt angesehen, warum sich nicht mehr Leute daran beteiligten; außerdem "erfreuen" wir uns eines Boykotts sowohl der WAZ als auch der Ruhr Nachrichten, so daß die geplante große Öffentlichkeit, die z. Zt. eben nur durch die bürgerlichen Zeitungen herzustellen ist, nicht zustande kam. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Propagandaarbeit der Redaktion nicht zufriedenstellend gelaufen ist (z.B. hatten wir keine Plakate). Auf Grud dieser Tatsachen kamen einige Redaktionsmitglieder zu der Einschätzung, daß das Fest im Grunde genommen einen Erfolg darstellte, da es sehr lange her ist, in Wanne - Eickel 120 Personen für eine politische Veranstaltung zu mobilisieren.
Die andere Gruppe der Redaktion brachte Vorwürfe, die wir für unsere zukünftige Arbeit sehr ernst nehmen müssen; sie meinten, nicht etwa die mangelhafte Propagierung sei das Haupthindernis eines breiteren Zuspruchs gewesen sondern das Verfehlen der eigentlichen Zielgruppe, die wir mit unserem Fest ansprechen wollten.
Aufgabe des Festes sollte es sein, eine möglichst breite Schicht von Bürgern anzusprechen und nicht im linken Schüler und Studentenmilieu verhaftet zu bleiben. Dies ist uns zweifellos nicht gelungen, da auch die Zusammenarbeit mit den örtlichen Initiativen so gut wie gar nicht funktionierte.
Als Fazit des Festes kann man folgendes sagen :
Bei einem besseren Termin und einer größeren Mobilisierung wären sicherlich mehr Leute gekommen; aber alleine dadurch hätten wir keinen Grund in lauten Jubel auszubrechen, da wir das politische Konzept verpaßt haben. Für die Zukunft bleibt, über die Fehler nachzudenken und es beim nächsten Male besser zu machen. Zu den Hernern Initiativen bleibt zu sagen, daß wir es begrüßen würden, wenn sie zukünftig ihre Zusammenarbeit mit uns ausbauen würden.

...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft,
- in Schule und Universität gegen »Sparpolitik und politische Unterdrückung Widerstand leistet
- gegen die menschen- und umweltfeindlichen Atomanlagen in Brokdorf, Wyhl, Grohnde und anderswo kämpft,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas solidarisch verbunden ist,
- und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut.
- Frauen werden in dieser Gesellschaft in besonderer Weise ausgebeutet und unterdrückt. Der ARBEITERKAMPF führt als einzige kommunistische Zeitung in der BRD kontinuierlich und umfassend den Kampf dagegen und für die vollständige Befreiung der Frau.
- Wir berichten exakt und ausführlich über alle Formen politischer Unterdrückung (Berufsverbote, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei- und Justizterror) und propagieren (in Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der westdeutschen Linken), wie der Kampf dagegen und für den Sozialismus zu führen ist.

Erscheint 14-tägig — 48 Seiten — DM 1,--
Abonnement nur gegen Vorauskasse
Jahresabonnement DM 33,60
Fördersbonnement DM 40,00
PSchA Hamburg Kto. 2405 95 J. Reents

...am besten gleich abonnieren!

ARBEITERKAMPF Verlag J.Reents Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50

RESOLUTION

ZUR KLAGE DER UNTERNEHMERVERBÄNDE GEGEN DIE INNERBETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG

Aus Gründen der Aktualität veröffentlicht die VORORT Redaktion eine Resolution der Belegschaftsvollversammlung der Zeche Königsgrube, Röhlinghausen.
Im Juni dieses Jahres reichten die Unternehmerverbände beim Bundesverfassungsgericht eine Klage ein, mit der sie die beschränkten Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung außer Kraft setzen wollen. Die Resolution dokumentiert die Notwendigkeit der Demokratie und Mitbestimmung für die Arbeiter.

Deshalb ist die Resolution heute im Jahre 1977 genaus so aktuell wie vor 30 Jahren. (Quelle : Westdeutsches Volks-Echo, Aug. 1947)

"Die heute, am 24. 8. 1947,tagende Belegschaftsversammlung der Schachtanlage Königsgrube hat mit größtem Befremden davon Kenntnis genommen, daß man beabsichtigt, die von der Gesamtheit der Ruhrarbeiterschaft geforderte Sozialisierung der Bergbaubetriebe um 3 - 5 Jahre zu verschieben. Die Nichtachtung des Willens der Bergarbeiterschaft würde ihr Vertrauen für die Schaffung wahrer demokratischer Zustände in Deutschland auf das Schwerste erschüttern. Die Bergarbeiter wissen, daß sie die Hauptlast für die Wiedergutmachung den anderen Völkern gegenüber zu tragen haben und darüberhinaus den Wiederaufbau unserer Heimat gewährleisten müssen. Sie können aber auf keinen Fall damit einverstanden sein, daß man das Mitbestimmungsrecht der Bergarbeiter mit Füßen tritt. Sie erwarten von der Gewerkschaftführung die Organisierung des schärfsten Kampfes gegen diese geplanten Maßnahmen. Die Durchführung dieses Planes bedeutet, daß die Bergarbeiter die Ausbeutungsobjekte imperialistischer Finanzkapitalisten würden, und daß sie damit auf die Stufe von Kolonialsklaven hinabsinken. Um ihre schwere Aufgabe erfüllen zu können, ist es notwendig, daß der Ruhrbergbau das Herzstück der deutschen Wirtschaft in einem einheitlichen Deutschland bleibt und alle Absichten, den Ruhrbergbau erneut unter die Herrschaft des deutschen oder des internationalen Monopolkapitalismus zu bringen, abgelehnt werden. Die Militärregierung wird gebeten, die Beschlagnahme des Eigentums an der Kohlewirtschaft aufzuheben und den Bergbau in deutsche Treuhänderschaft zu legen.
Die Belegschaft der Schachtanlage Königsgrube,

ges. Hermann
(Betriebsrat) ."

RUSSEL-TRIBUNAL

Die politische Entwicklung der letzten Jahre, die in der BRD zu beobachten ist, wird von Demokraten im europäischen Ausland mit zunehmender Sorge betrachtet. " Berufsverbot " wurde zu einer Abkürzung für politische Unterdrückung in der BRD. Der WDR verbot seinen Mitgliedern sogar die Benutzung dieses Begriffes. Die Russell-Friedens-Stiftung hat deshalb die demokratische Öffentlichkeut zu einem " Tribunal über politische Unterdrückung in der BRD " aufgerufen.
Diesen Aufruf drucken wir in Auszügen ab.

Aus allen Teilen Westeuropas sind bei der Bertrand Russell - Foundation Appelle eingegangen, in denen eine internationale Untersuchung der Situation in der BRD gefordert wird. Diese Aufforderungen treffen vor allem den sogenannten Radikalenerlaß, demzufolge bestimmten Staatsbürgern aus politischen Gründen die Ausübung ihres Berufes verwehrt wird. Diese Praxis ist mittlerweile international unter dem Wort "Berufsverbot" bekannt geworden. Ferner werden andere Angaben über den Abbau von Menschenrechten gemacht. Manche dieser Appelle stellen auch die Frage nach den Folgen dieser Praxis in der BRD für die gesamte europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für andere europäische Staaten.
Die Russell-Foundation, die 1963 von Bertrand Russell ins Leben gerufen wurde, um seine Arbeit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte weiter zu entwickeln, hat diese Appelle mehrere Monate lang sorgfältig geprüft. Sie ist zu dem Schluß gekommen, daß in der BRD eine Situation geschaffen worden ist, die dem ersten Augenschein nach von Unterdrückung und Einschüchterung gekennzeichnet ist. 1966 berief Bertrand Russell das " Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen in Vietnam " ein, das weltweit als"Russell-Tribunal" bekannt wurde.

Das zweite Russell-Tribunal hatte die "Unterdrückung in Brasilien, Chile und Lateinamerika" zum Gegenstand. Diese internatticnalen Tribunale sind nicht mit staatlicher Gewalt ausgestattet. Ihre moralische Autorität beruht auf der Integrität ihrer Mitglieder und ihre Urteile stützen sich auf das ihnen vorgelegte Beweismaterial.
Viele der Appelle, die an die Bertrand Russell-Foundation gerichtet wurden, fordern die Einsetzung eines Russell-Tribunals über die Unterdrückung in der BRD. Die Russell-Foundation ruft die Öffentlichkeit in der ganzen Welt auf, die Errichtung eines Russell-Tribunals zu unterstützen, dazu beizutragen, die notwendigen Mittel für dieses Tribunal aufzubringen und wichtiges dokumentarisches Material zu sammeln, das einem Tribunal vorgelegt werden kann.

Aufruf der Russell-Stiftung
In Berlin 30, Ahornstr. 5 errichtete die Russell Friedensstiftung ein Büro, das die weltweite Unterstützung organisieren soll. Ferner bereitet es Dokumentationen und Analysen vor. Wer diese wichtige Arbeit finanziell unterstützen möchte...
Thomas Dieckmann-Sonderkonto : 02 58 53 00 Berliner Bank 41 59 09 - 100 Psch. Amt Berlin-West

DIE VEBA UND DIE REINE LUFT

Dem aufmerksamen Zeitungeleser wird sie nicht entgangen sein, nebenstehende Anzeige der VEBA. Wir drucken sie hier nochmale ab. Nicht um unseren belasteten Etat aufzubessern (wir würden uns hüten, in unserer Zeitung bezahlte Reklameanzeigen der VEBA zu veröffentlichen), nein, wir wollen zeigen, wie es wirklich aussieht mit der VEBA und der reinen Luft.
Diese Anzeige erschien am 15. 7. in der WAZ. Nur 2Tage zuvor las man dort folgendes : " Deckel Ursache für VEBA Knall. " In ihrem blumigen Stil berichtete die WAZ unter dieser Überschrift, wie am Vortage den Anwohnern der VEBA Anlage III (Herne) vor Schreck die " Erbsen von der Gabel " fielen, als sich gegen 12.35 Uhr ein Unfall ereignete. Der Knall war bis Holsterhausen zu hören. Dabei hätten laut VEBA und WAZ die Anwohner keinen Schaden zu befürchten gehabt (ausser vieleicht Gemüseflecken auf dem Teppichboden), denn der Waggon hatte ja nur " R E L A T I V ungefährliches Acetaldehyd " geladen. Acetaldehyd ist bekannt als starkes Reizmittel der Atemwege und der Schleimhäute.
Aber apropos Waggon!!
Erschreckt sucht der Autor in älteren Zeitungen. Da steht es! In der WAZ vom 8. 7. keine 8 Tage vorher: " Gaswaggons bohren sich in die Erde- Ammoniakladung entgleist. " 2 volle Waggons mit je 5oobm flüssigen Ammoniak hatten ihren rechten Weg verlassen. Aber es ist ja alles gutgegangen. Die Waggons blieben dicht, das in erhöhten Dosen tötliche Ammoniak konnte nicht in die Luft gelangen. Alles atmete auf, und Diplomingenieur Stapenhorst von der VEBA Chemie beteuerte eilig : " Es kann n o r m a l e r w e i - s e nichts auslaufen. Bei den Waggons, die der Bahn gehören, handelt es sich um sichere Druckbehälter. " Wie sicher, daß bewies der Unfall mit dem Äcetaldehyd.
Wie hält es die VEBA mit dem Umweltschutz ? Wie steht es um die Gesundheit der Anwohner ?

An manchen Tagen steht über Holsterhausen bis Herne Mitte eine süßlich-aromatische Duftwolke aus der Alkoholerstellung(Herne Werk III). Der Kommentar eines Anwohners dazu : " Da wirste ja ganz duhn im Kopf." Kein Fenster kann geöffnet werden.Die Folgen : Appetitlosigkeit, Konzentrationsschwäche, Kopfschmerzen.Vorbei sind dann die Feierabendfreuden im Schrebergarten und am Taubenschlag. Vorbei die Abendspaziergänge in lauer Sommerluft.
Alles stinkt!!
Dann wieder hört man von " Angst vor ungenießbarem Gemüse ".(WAZ vom 29. 6.). In einst fruchtbaren Gärten verdorren plötzlich die Pflanzen.Als Übeltäter wieder in Verdacht : die VEBA !
Doch die beteuert ihre Unschuld. N a t ü r l i c h !
Mit laxer Hand wird die Frage des Umweltschutzes bei der VEBA behandelt; denn alles die waren keine Einzelfälle; darüber kann die schönste Anzeige nicht hinwegtäuschen. Daß die VEBA nicht nur reine Luft abläßt, wissen die Anwohner und sie wissen auch, daß es manchmal ganz schön stinkt. Aber wie gesundheitsscädlich all die Stoffe sind, die zum Schornstein herausgelassen werden, können sie sich nur ausmalen. Wenn es zu Katasrophen wie in Lünen-Brambauer oder gar in Seveso kommt, ist der Betroffene sowieso der Letzte,der davon erfährt.

U M W E L T N O T R U F

Sie können sich bei Belästigungen durch die VEBA oder durch andere Betriebe beschweren, und zwar beim:

Gewerbeaufsichtsamt Dortmund
Tel. : 0231/54151

oder beim :

Landesamt für Immissions- und Bodennutzungsschutz des Landes NRW in Essen
Tel : 0201/7995-1

RENTNER ALS FREIWILD

Im folgenden Artikel beschreibt der Bergmann W. K. die härteste Phase seines Kampfes um die Bestätigung seines Rentenanspruchs. Der Hauer W. K. war am 21. Juni 1972 in Gelsenkirchen von Medizinaloberrat Dr. med. L. untersucht worden und wurde berufsunfähig erklärt. Doch plötzlich verschwand dieses Gutachten und stattdessen tauchte ein neues gegenteiliges vom 9. Juno 1972 auf!! Erst im April 1974 bestätigte das Sozialgericht, nach hartem Kampf W. K.'s mit falschen Gutachten, Medizinalräten und der Bundesknappschaft, die Berufsunfähigkeit.

Am 28.3.1973 schrieb Medizinaloberrat Dr.med. L., Facharzt für Chirurgie und Orthopädie, über einen schwerkranken Bergmann, der laut rechtsgültigem Sozialgerichtsurteil seit April 1974 Rentner wegen Berufsunfähigkei ist, folgendes Pamphlet:

An die
Geschäftsstelle
468 Wanne-Eickel

Betr.: K., Wilhelm, geb: . . .

Feiert angeblich wieder seit dem 13. März 1973, diesmal wegen „Herzinsuffizienz", die heute ebensowenig zu objektivieren ist, wie bei den zahllosen Voruntersuchungen s. auch Rentengutachten vom 8. Januar 1973 sowie vom 9. Juni 1972 Dez. I. 4. E/040.

EKG in sämtlichen Ableitungen heute völlig o. B. wie in mehreren früheren Ableitungen.

BSG 1 mm, RR 140/80 mm Hg.

Aufgrund der unglaublich zahlreichen Feierperioden und der höchst zahlreichen Arztwechsel des Vers. und insbesondere im Hinblick auf die Voreingenommenheit des Vers. gegenüber den hiesigen Untersuchungsbefunden sowie gegenüber den Ärzten wird in Zukunft grundsätzlich jede Untersuchung des Og. abgelehnt. Es wird zur Deutlichkeit noch einmal betont, daß Wiedervorladungen hier völlig sinnlos sind. Wir empfehlen, falls notwendig, Nachuntersuchungen durch eine andere U.-Stelle durchführen zu lassen (Steele oder Buer), der unsere Unterlagen dann zur Verfügung stehen. Anscheinend gelingt es dem Vers. durch ständigen Arztwechsel immer jemanden zu finden, der ohne Kenntnis der hiesigen Unterlagen Arbeitsunfähigkeit annimmt.

In völliger Übereinstimmung mit den zahlreichen Gutachten und Voruntersuchungen wurde durch Herrn Chefarzt Dr. D. noch am 9. März 1973 folgendes mitgeteilt: „Orthopädischerseits ist die Einsatzfähigkeit als Hauer nicht eingeschränkt. Weitere A. u. f. kann nicht angenommen werden."

Das gleiche gilt auch internerseits.

Wiedervorstellungen hier sind unerwünscht.
(s. oben)

gez. L.
Dr. med. L.
F. A. f. Chirurgie und Orthopädie

Nach gut fünf Monaten erleben wir, daß sich, wahrscheinlich zum ersten Mal in der Geschichte der knappschaftlichen Krankenversicherung, ein Medizinaloberrat notgedrungen bei einem Versicherten entschuldigt. Das geschah mit folgendem Schreiben:

Betr.: Ihr Schreiben vom 1o. September 1973

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!
Die in meinem Dienstschreiben vom 28. März 1973 von Ihrem Mandanten W. K. als Beleidigung aufgefaßten Äußerungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. L.
Dr. med. L.
Facharzt f. Chirurgie
Facharzt f. Orthopädie
Med.-Ob.-Rat

Mit Sicherheit wird dem Medizinaloberrat Dr.med. L. weder die Entschuldigung noch die Entrichtung der Anwaltskosten des Kranken viel Freude bereitet haben.
Wie kam es nun zu dem Pamphlet und der dafür erfolgten Entschuldigung? Angefangen hatte alles mit dem angegebenen Rentengutachten vom 9. Juni 1972, erstellt in Gelsenkirchen, unter Berufung auf die am gleichen Tag dort erfolgte Untersuchung. Ein kompletter Blödsinn, am 9.Juni 1972 hatte den Kranken kein Arzt in Gelsenkirchen gesehen, da er in Wanne-Eickel im Krankenhaus lag. Da der Kranke jedoch am 21. Juni 1972 in Gelsenkirchen von Medizinaloberrat Dr. med. L. tatsächlich begutachtet und,-wie ab April 1974 vom Sozialgericht - für berufsunfähig gehalten wurde, hätte es eigentlich garnicht zu dem Pamphlet und der

Gespräch am Kiosk :
Kunde : Haben sie die WAZ?
Verkäufer : Nein, tut mir leid..
Kunde : Dann geben Sie mir die Bild !

späteren Entschuldigung kommen können, wenn die Bundesknappschaft sich zu dem Unsinn mit dem falschen Gutachten von 9. Juni 1972 bekannt hätte. Schliesslich gab es ja jetzt zwei Gutachten, ein echtes und ein falsches, Doch die Bundesknappschaft irrt sich nicht, das heißt, sie hockt noch immer auf dem falschen Gutachten wie eine Glucke, während sie angeblich das richtige Gutachten vom 21. Juni 1972 noch nicht gefunden hat. Obwohl die Bundesknappschaft anhand der Beweise zugeben muß, daß die Untersuchung am 21.6.1972 stattgefunden hat und nicht am 9.6.1972, sitzt sie mit ihrem Hintern fest auf dem Gutachten vom 9. Juni 72 und erklärt dem Kranken, der das echte Gutachten vom 21, Juni 1972 in den Händen hatte, die Untersuchungen haben zwar am 21. Juni 72 in Gelsenkirchen stattgefunden, aber das Gutachten vom 9. Juni 72 sei echt.

Studentenbewegung 1967-69
jetzt im 15. Tausend

Protokolle und Materialien
herausgegeben und eingeleitet von Frank Wolff und Eberhard Windaus

256 Seiten, über 100 Fotos, 15 Mark

„. . . einzigartiges Dokumentenmaterial. Mehr als Geschichtsschreibung: es wird eine Unmittelbarkeit erreicht, die jene Jahre in der Erinnerung wieder lebendig werden lassen. Was dem Buch zusätzliches Gewicht verleiht, ist das Vorwort von Frank Wolff und Eberhard Windaus. Die Studentenbewegung war sensibler als alle ihre verbissenen Kritiker ahnten. Man wird es eines Tages zur Kenntnis nehmen müssen, daß hinter ihr eine moralische Erschütterung stand."
— Walter Kirchner im Rias —

Verlag Roter Stern, Postf. 180 147, 6 Frankfurt

FORTSETZUNG RENTNER ALS FREIWILD

Man muß wohl bei der Bundesknappschaft angestellt sein und Angst vor Entlassung haben, oder so schwer krank sein wie der Betroffene, um nicht über so viel Unsinn von besonders gut bezahlten Leuten zu lachen. Ein ganz Hochdotierter der Bundesknappschaft bietet eine Patentlösung an, indem er schreibt:

"Ihr Gutachten vom 9. Juni 72/ 21.Juni 72."
Was macht ein Grenzbeamter wohl, wenn er sich ausgelacht hat, mit einem Reisenden, in dessen Paß hinter dem Geburtsdatum 26. 2. 1928/ 27. 2. 1928 steht?

Doch weiter mit dem Pamphlet vom 28. 3. 1973:
Die sonstigen dort erwähnten Rentengutachten und die Mitteilung von Chefarzt Dr. D. sind lediglich Abschriften des toilettenreifen Wisches vom 9. Juni 1972, dem Gutachten der Untersuchung, die nie stattgefunden hat.
Außerdem hatten die Herzinsuffienz zwei Spezialisten festgestellt. Da sollte sich ein Orthopäde mangels Kenntnis heraushalten.
Die Voreingenommenheit des Kranken gegen Befunde aus Gelsenkirchen bestanden aufgrund des vorhergegangenen Geschehens wohl zurecht, und daß der Kranke den Arzt fragt, wo denn eigentlich das von ihm selbst erstellte Berufsunfähigkeitgutachten von 21. Juni 1972 geblieben ist, und wo das falsche vom 9. Juni 1972 herkommt, gehört wohl zu den normalen Menschrechten. Scheinbar versteht jedoch Medizinaloberrat Dr. med.L. unter Menschenrechte, daß er herrschen darf.

Zum Schluß die lächerlichen Vorwürfe wegen des ständigen und häufigen Arztwechsels, und was weiter darüber an Blödsinn steht. Der Arzt wußte, daß der Kranke in 23 Bergmannsjahren einmal, und zwar 1960 oder 1961, den Arzt gewechselt hatte. Hier liegt also eine bewußt falsche Angebe zur Herabsetzung des Kranken vor. Eine 1, Herr Medizinaloberrat Dr. L., das ist ein senkrechter Strich, von dem von oben ein kleiner nach links unten abgeht. Hier noch ein paar von den Dingern zum Anschauen: 1,1,1,1,1,1,1,!! Allerdings, wenn es nicht geht, geht es nicht. Manche lernen es eben nie.

Berufskrankheit
Es kommen die Herren Mediziener
Des Staates willfährige Diener
Sie werden bezahlt per Stück
Was die Schinder ihnen schicken
Sollen sie zusammenflicken
Sie schicken es wieder zurück
(Bert Brecht)

Anti-AKW-Bewegung

—GRUPPE HERNE—

In Herne hat sich ein ANTI - AKW ARBEITSKREIS gebildet. Wir wollen uns u.a. beschäftigen mit:

- Atomtechnologie
- Umweltbelastung
- Gesundheitsschädigung
- Energie- und Arbeitsplatzfragen
- Alternativenergien
- Widerstandsaktionen
- Verhalten von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und politischen Organisationen

Wir wollen auch Öffentlichkeitsarbeit machen und treffen uns jeden Dienstag 19 Uhr im CLUB COURAGE, Herne, Bochumer Straße 86 (Hinterhof der Bäckerei Neumann). Alle, die sich informieren und den Kampf gegen Atomkraftwerke unterstützen wollen, sind eingeladen mitzumachen!
Übrigens, am Freitag, den 2. 9. machen wir unsere erste Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Atomtechnologie.
Außerdem haben wir vor, an der Aktion in Kalkar am 24. 9. mitzumachen. Vorher führen wir speziell zu Kalkar noch eine Veranstaltung durch, wahrscheinlich am 17. 9.
Näheres darüber in der nächsten VOR ORT!

ICH GLAUBE:

Die Gesundheit ist des Menschen kostbarstes Gut,
wichtigster Mittler seines Glücks.
Es gibt zwar Menschen mit unverwüstlicher Gesundheit,
aber kein Volk ohne viele Kranke.
Jedes Volk ist nur so gesund, wie seine Ärzte es
zulassen. Seine Ärzte, nicht seine Gesundbeter.
Schlechte Ärzte richten mehr Unheil an als Feldherren und
Gewohnheitsverbrecher. Sie schädigen, rauben, verstümmeln und töten mehr als alle Kriegs- und
Naturkatastrophen zusammen.
Eine in die Irre geleitete Ärzteschaft kann ein ganzes Volk
ruinieren – gesundheitlich und finanziell

PROF. JULIUS HACKETHAL

Paket- Post:

Was passiert, wenn man für den Paketzusteller zu Hause unerreichbar ist, und auch der sonst freundliche Nachbar seinen Dienst versagt ? Man macht sich auf zur Post, um am Schalter sein Eigntum endlich in Empfang zu nehmen. So war es schon immer.
Was nun ist neu ? Zumindestens für Wanner Bürger ? Der Betroffene muß zum Postamt nach Herne. Das ist nur mit zum Teil (fährt man mit dem Bus) hohem Kosten- und Zeitaufwand möglich.
Wir empfehlen : Holen Sie ihre Pakete nach entsprechender Benachrichtigung direkt beim Absender ab. Sie ersparen sich Mühen und Kosten und sicherlich manchen Ärger.

Ärger mit dem Vermieter..

...und was man dagegen tun kann

Der Fall Greif ist keine Ausnahme. Wir wollen in den nächsten Nummern der VOR ORT in Zusammenarbeit mit dem Mieterschtzbund informieren: Wie man sich gegen Mieterhöhungen wehren kann, gegen Kündigungen oder anderen Ärger mit dem Hauswirt. Wir wollen unverschämte Forderungen von Hauswirten - wie sie an der Tagesordnung sind - aufgreifen und veröffentlichen und aufzeigen, was man dagegen unternehmen kann.

EXKLUSIV

GREIF DER MIETERSCHRECK

Das Haus Wilhelmstraße 67 ist ein altes Bergmannshaus mit Ställen und einem Garten hinter dem Haus. Der Garten, mit den als Werkstätten angebauten Lauben, den Gemüsebeeten, dem Fischteich und der großen Wiese bot reichliche Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Dies änderte sich, als der Metzger von nebenan das Haus kaufte. Die Gartenfeiern im Sommer müssen ihn sehr gestört haben, denn als erstes machte er den Garten dem Erdboden gleich und legte einen platten englischen Rasen an. Zum damaligen Zeitpunkt hatten wir noch die Zusage, den Garten weiter benutzen zu können. Wir merkten aber bald, daß der neue Vermieter nur schrittweise vorging und uns nur vertröstete, solang es ging. Der nächste Schritt war, einen zwei Meter hohen Maschendrahtzaun zu errichten, den er dann, um der Sache die Krone aufzusetzen, mit Bastmatten verhing. Er hatte also nicht nur Angst, wir könnten in seinen Garten gehen, er hatte auch vor unseren Blicken Angst. Der Garten war also weg. Wir wussten seitdem, was der neue Vermieter von uns hielt und was wir von ihm zu halten hatten. Der Garten war ihm aber noch nicht genug, er wollte ausserdem uns Mieter aus dem Haus vertreiben. So dauerte es nicht lange, bis alle Mietparteien ein Schreiben erhielten, in dem wir "ebenso höflich wie dringend" aufgefordert wurden, unseren häuslichen Pflichten nachzukommen und das Haus in Ordnung zu halten.
Dies war keine gewöhnliche Forderung, sondern eine glatte Provokation, da sich das Haus in ausergewöhnlich schlechtem Zustand befand und der Vermieter bisher nichts unternommen hatte, diesen Zustand zu ändern. Dies wird klar aus einem Brief, den wir damals gemeinsam als Mietergemeinschaft an den Vermieter sandten:
"Als Antwort auf Ihr Schreiben vom ... möchten wir Sie darauf hinweisen, daß wir Sie bereits auf folgende Mißstände aufmerksam gemacht haben:
1) Die Kabelanlage im Flur, 1. Stock, ist brandgefährlich.
2) Es ist notwendig, daß Flurlicht angebracht wird, um der bestehenden Unfallgefahr bei Dunkelheit zu begegnen.
..."
Weiter geht aus dem Brief hervor, daß sich die Kellerbeleuchtung in katastrophalem Zustand befindet, die Fenster aller Wohnungen undicht und teilweise defekt sind und die Haustür sich nur mit Tricks und Kraftaufwand öffnen lässt.

VERMIETERWILLKÜR

Als Antwort auf diesen Brief erhielten wir ein Schreiben, in dem unser gemeinsames Handeln ironisch begrüsst wurde, indem aber bedauert wurde, daß wir nicht auf die Forderungen des Vermieters eingegangen waren. Unsere Forderungen dagegen betrachtete er als solche, "über deren Berechtigung wir (die Vermieter) nicht näher eingehen wollen". Daß wir in einem brandgefährdeten Haus leben, dessen Flur und Keller fast nicht beleuchtet und dadurch unfallträchtig ist, war für ihn also unerheblich. Im Gegenteil, er schrieb sogar ironisch: "Wir haben dafür Verständnis, daß die Wohnverhältnisse nicht ihren gehobenen Ansprüchen entsprechen".
Im gleichen Schreiben wurden wir weiterhin darauf hingewiesen, daß das Haus abgerissen werden soll und wir uns bemühen sollten, "Sobald als möglich die Räume freizumachen? Einer Kündigung entsprach das nicht. Das wusste er wohl auch, denn er wiess darauf hin, das eine Fristgerechte Kündigung folgen sollte. Der Sinn des Briefes wurde klar, als keine Kündigung erschien: Er wollte uns offensichtlich ohne Kündigung aus dem Haus drehen.
Daß wir aber blieben, passte nicht ins Konzept des Vermieters, und nun versuchte ers auf eine andere Tour: er versuchte, die Hausgemeinschft zu spalten. Das sah so aus, daß er lediglich zwei von den fünf Mietparteien eine fristlose Kündigung durch seinen Rechtsanwalt zukommen ließ. Der Kündigungsgrund war banal: wir hätten den Flur nicht geputzt. Banal deshalb, weil er, hätte er recht gehabt, fristgerecht hätte kündigen können, aber nur unter der Voraussetzung, daß sich jemand aus dem Haus beschwert hätte. Dies war aber nicht der Fall, wie unter uns schnell festgestellt wurde. Ein Kündigungsgrund lag also offensichtlich nicht vor.
Das muß der Vermieter auch gewusst haben, denn als sich mit Unterstützung des Wanner Mieterbundes fristgerecht Widerspruch gegen die Kündigung einlegte, ließ der Vermieter nicht mehr von sich hören.
ER hatte also bisher nichts auf direktem Wege erreichen können. Dagegen hatte er erreicht, daß die Mieter verunsichert waren. Es bildete sich die Meinung, daß "das Haus sowieso bald abgerissen würde", Dadurch kam es, daß einer nach dem anderen auszog, obwohl für den Abbruch des Hauses, ja nicht einmal für eine Kündigung eine Rechtgrundlage bestand und besteht.
Zur Zeit steht es so, daß von 5 nur noch 2 Mietparteien übrig geblieben sind. Aber der Vermieter ist mit seinen Tricks offenbar noch nicht am Ende. Am 12.Juli kam er vormittags bei mir vorbei, um mir zu sagen, am Nachmittag würde der Schuppen auf den Hof abgerissen, und ich solle zusehen, wo ich die Sachen lasse, die ich im Schuppen liegen habe. Daß auch diese Aktion reine Provokation war, wird daraus ersichlich, daß eine Woche später der Schuppen immer noch stand.
Auch hat der vermieter angedeutet, daß ich mich nicht wundern dürfe, wenn das Haus umgebaut wird, während ich noch im Hause wohne:"Ich hätte ja lange genug Zeit gehabt, mich nach einer anderen Wohnung umzusehen".

"Wen darf ich melden ?"

Fortsetzung Seite 7

DOKUMENTATION

TODESCHUSS IN HORSTHAUSEN...

In Herne 1, Horsthauserstraße 30, wurde am Sonntag den 24. 7. 77 der 17jährige arbeitslose Rudolf Pollaczek von der Bochumer Polizei durch Kopfschuß getötet.
Rudolf stammte aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie, er war gelernter Bäcker, nach seiner Lehre als Bauhilfsarbeiter tätig und danach seit einiger Zeit arbeitslos.
Wie kam es zu dem ZWEITEN TODESSCHUSS innerhalb von 22 Tagen im Polizeischutzbereich Bochum, zu dem auch Herne gehört?
Nach Familienstreitigkeiten, die sich über zwei Tage hinzogen, kam der 17jährige Rudolf angetrunken und mit einem Messer in der Hand zu seinem älteren Bruder Ernst Pollaczek auf den Hof an der Horsthauser Straße 30 und forderte ihn auf, rauszukommen. Währenddessen rief seine Schwägerin die Polizei an. Ernst Pollaczek schildert den Tathergang so:
Zwei Polizisten, die den Hof mit gezogener Waffe betraten, redeten auf den Jugendlichen ein, das Messer wegzuwerfen. Sie hatten jedoch keinen Erfolg. Der Angetrunkene brachte sich mehrere kleine Schnitte am linken Unterarm bei und rief den Polizisten zu: "Schießt doch, ich schneide mir die Pulsadern auf" (nach WAZ vom 26. 7. 77). Die Beamten holten über Funk Verstärkung und wenige Minuten später standen vier Polizisten dem Jugendlichen gegenüber.
Bis hierhin decken sich die Aussagen der Staatsanwaltschaft und die der Angehörigen. Nach Angaben des leitenden Oberstaatsanwalts Engwitz aus Bochum, sei Rudolf Pollaczek plötzlich auf den 34 Jahre alten Polizeiobermeister A. eingedrungen und in dem Augenblick sei der Schuß gefallen (WAZ 26.7.77). Also nach Aussage von Engwitz "Notwehr", wie üblich!

Ernst Pollaczek, der Bruder des Erschossenen schildert den Tathergang erheblich anders:
"Der Beamte, er trug schwarze Handschuhe, ging mit einem elektrischen Schlagstock auf Rudolf los und fuchtelte ihm damit vor dem Gesicht herum. Danach zog er einen Handschuh aus, steckte den Knüppel weg und hatt plötzlich die Pistole in der Hand. In dem Augenblick hob mein Bruder den Arm mit dem Messer, dann fiel der Schuß. Der Polizist drehte sich um und ging lächelnd vom Hof. Erst die beiden Beamten, die zuerst gekommen waren, und die seltsamerweise meinen Bruder nicht überwältigt hatten, obwohl er das Messer mehrfach fallen ließ, kümmerten sich um den Verletzten und legten ihn auf die Seite. Fünf bis sieben Minuten später kam ein Krankenwagen und brachte meinen Bruder weg. Meine Mutter, die später kam, wurde ruppig weggestoßen" (WAZ 26.7.77).

Daß der Polizeiobermeister den gezielten Todesschuß bewußt angewandt hat und nicht aus einer plötzlichen "Gefahrenabwehr" heraus, läßt sich unserer Meinung nach anhand anderer Zeugenaussagen belegen. Ein Zeuge sagte aus: "Der junge Mann hat die Hand mit dem Messer nur in einer Reflexbewegung erhoben" (WAZ 26.7.77).

Schau, dort darfst du als Beamter auf Lebenszeit Sheriff sein!

Der Schwager des Erschossenen, Hans-Jürgen Goertz sagt aus: "Die Polizisten haben ein vermittelndes Gespräch mit dem Angetrunkenen untersagt. Sowohl Rudolfs 11järiger Bruder Hans, als auch seine Schwägerin Cornelia wollten mit ihm reden, als er der Polizei gegenüber stand. Doch beiden wurde klargemacht, daß sie sich da raushalten sollten".
Man darf gespannt sein, wie die Anzeige, die die Angehörigen gegen den 34jährigen Polizeiobermeister A. gestellt haben, behandelt wird. Daß der Todesschütze zur Zeit vom Dienst suspendiert ist und die anderen drei beteiligten Polizisten Innendienst machen (wahrscheinlich bis Gras über die Geschichte gewachsen ist), darf nicht zu dem Trugschluß führen, daß gegen die Polizisten auch Strafverfahren eingeleitet werden oder, wenn es zu einem Strafverfahren kommt, die Polizisten auch bestraft werden.
Der Bochumer Oberstaatsanwalt Engwitz hat auch schon den ersten Versuch unternommen, den Todesschuß zu rechtfertigen. In einem Interwiev, das er in der Sendung "hier und heute" am Montag den 25. 7. 77 gab, antwortete er höhnisch auf die Frage des Reporters, ob denn der Todesschuß notwendig gewesen sei, da ja vier Polizisten anwesend waren: "Immerhin war der 17jährige mit einem l a n g e n Messer bewaffnet gewesen" (30 cm). Wie heißt schon ein altes Sprichwort: "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus".

...und in Bochum

Am 3. Juli wurde in Bochum ein Transportunternehmer von dem Hauptwachtmeister Harmann erschossen ("FR", 4.7.77). Im Rahmen eines Familienstreits soll der Fuhrunternehmer Schlichting die Wohnung seiner Mutter "demoliert" haben. Der Polizist Harmann hat zunächst mit dem Gummiknüppel auf Schlichting eingeprügelt. Angeblich soll dann Schlichting mit einem Küchenmesser auf die Polizisten losgegangen sein. Zeugen erinnern sich, daß der Polizist Harmann mit dem Kampfruf: "Der schlägt mir kein blaues Auge mehr" sich in Schießstandpositur begeben habe und aus drei Meter Entfernung Schlichting in die linke Brusthälfe schoß. Wenige Minuten später war er tot.

Fortsetzung:
Greif der Mieterschreck

Zusammenfassend gesagt, die Vermieter meinen, es heute nicht mehr nötig zu haben, nach einem triftigen Kündigungsgrund zu suchen. Wenn sie ihr vornehmliches Interesse nämlich nicht, Wohnung zur Verfügung zu stellen, sondern soviel Geld als möglich aus dem Haus heraus zu schlagen (was sich in der Regel widerspricht), dann versuchen sie es mit Hinausekeln nach allen Regeln der Kunst bis hin zu einschüchternden, haltlosen Kündigungen. Drei Parteien bei uns im Haus haben sich von diesen Methoden beeinflussen lassen und sind ausgezogen. Mit Sicherheit stellen sie keine Einzelfälle dar. Mit Sicherheit ist dieser Fall auch geeignet, um für den Mieterbund zu werben. Denn der Einzelne, in Rechtssachen unerfahrene, kann sich nur gegen die geschilderten und andere Methoden wehren, wenn er seine Rechte kennt und weiß, daß seine Rechte im Notfall vor Gericht vertreten werden, ohne daß man die hohen Rechtsanwaltskosten scheuen müsste.

In allen Mietstreitigkeiten wenden Sie sich bitte an:

Mieterverein Wanne-Eickel
Rathausstrasse 11
Telefon: 71539

Karl Siepmann INH. HANS GREIF

FABRIKATION FEINER FLEISCH- UND WURSTWAREN

Bankkonto: Volksbank Wanne-Eickel 4028

Sehr geehrter Herr Bull !

408 WANNE-EICKEL, den 16.1.77
Wilhelmstraße 65 · Fernruf 71161

Sie sind seit nunmehr etlichen Jahren Mieter der im Erdgeschoss rechts liegenden Wohnung Wilhelmstr.67.Sie wohnten auch schon dort,als wir das Haus von Frau Steinkamp käuflich erwarben.
Sie und auch wir wissen,daß es ein altes und schätziges Haus ist. Daß wir in solch einem Haus nicht mehr Viel anlegen können ist Ihnen sicherlich klar.Ein bißchen Pflege und Sauberkeit machen aber auch bei einem Alttau viel aus.Nachdem unsere mündlichen Mahnungen wohl sehr wenig genützt haben,möchten wir Sie hiermit ebenso höflich wie dringend um folgendes bitten:
Die Fenster in sauberem und ordentlichem Zustand zu halten, den Hausflur,einschl.Toilette vierzehntägig 2mal wöchentlich zu reinigen.(Wobei Sie sich bitte mit Ihrem Nachbarn absprechen)
Den Bürgersteig(Ihre Seite)von Schmutz und Schnee freizuhalten.
Den Müll in die Mülltonnen und nicht daneben zu schmeissen.
Den Hof,nach Absprache mit Ihren Mitbewohnern von Schmutz und Unrat und Hundekot zu befreien.Wobei Sie sich bitte alle anteilig beteiligen müssen.
Wir glaubendamit nicht zu viel zu verlangen,sier Ordnung muß sein und wir hoffen,daß Sie auch in Ihrem Interesse unserer Bitte nachkommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

P.S. In den nächsten Wochen werden wir uns laufend durch Augenschein über den Stand der Dinge informieren.

DEN FOLGENDEN ARTIKEL SCHICKTE UNS EIN KOLLEGE AUS DEM ANNAHOSPITAL ZUR VERÖFFENTLICHUNG

VERTRAUENSMANN GEMASSREGELT

Ende Mai 1977 wird dem Zivildienstleistenden Stephan Wagner verboten, im Annahospital in Wanne-Eickel als Vertrauensmann der Gewerkschaft ÖTV zu arbeiten. Der Kollege beantragt Rechtsschutz. Als die Verwaltung des St. Anna Hospitals ihre Felle schwimmen sieht, wirft sie dem Kollegen Wagner nun so fadenscheinige Gründe wie schlechte Arbeitsleistungen vor und versucht ihn zu isolieren. Gleichzeitig wird eine Versetzung angedroht!
Dies wird jedoch nicht unwidersprochen hingenommen. Am 25. 6. 1977 wird auf dem ÖTV-Bezirksjugenttreffen in Essen eine Solidaritätsresolution verabschiedet und unter anderem auch dem Bundesamt für Zivildienst zugeleitet. Drei Tage später, am 28. 6. 1977, stellt die Krankenhausleitung den Versetzungsantrag! Am gleichen Tag verabschiedet der Fachbereich Sozialarbeit der Fachhochschule Dortmund eine Protestresolution.
Auch die rechtliche Situation ist geklärt. Am 30. 6. 1977 teilt die Rechtsabteilung des ÖTV Bezirks NRW II dem Kollegen Wagner mit, daß das Verbot der Arbeit als gewerkschaftlicher Vertrauensmann eindeutig rechtswidrig ist. Dies teilt der Kollege Wagner der Verwaltungmit und führt seine Arbeit als gewerkschaftlicher Vertrauensmann fort. Eine weitere Protestresolution gegen die Disziplinierung des Kollege Wagner und die Einschränkung gewerkschaftlicher Freiheiten wird am 3. Juli 1977 von den 33 Teilnehmern des ÖTV Wochenendseminars in Labbeck verabschiedet.
kunft noch mehr auf derartige Fälle gerichtet werden muß. Nur unser Widerstand kann hier eine Veränderung schaffen! Darum gemeinsam für freie gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Verwaltung!
Gegen die Versetzung des Kollegen Stefan Wagner.
Für uneingeschränkte gewerkschaftliche Betätigung im St.Anna Hospital.
Eins wird jedoch deutlich: Der solidarische Widerstand gegen diese Maßnahme wächst. Es zeigt sich, daß unser Augenmerk in Zu-

Veranstaltungskalender

Im Sinne der Arbeitserleichterung wären wir hocherfreut, wenn uns Initiativgruppen und Institutionen Termine sinnvoller Freizeitgestaltung zu Veröffentlichung zusenden.

Kleinanzeigen

Zur Finanzierung unserer Zeitung bieten wir Platz für Kleinanzeigen an. Der Preis beträgt nach neuester Kalkulation 3,50 DM für 5 Zeilen

Kontaktadresse

Kontaktadresse auch für Leserbriefe siehe Impressum.

Die in der letzten Ausgabe angekündigte Veranstaltung der Musikinitiative in der Jugendkunstschule mußte leider ausfallen. Wir bitten um Entschuldigung.

Die Musikerinitiative

Sonntag, 21. Aug. '77, 12-23 Uhr
Lünen - Stadion Schloß Schwansbell

DOOBIE BROTHERS
SMALL FACES
URIAH HEEP
TED NUGENT
CARAVAN
THE GREGG ALLMAN BAND
COUNTRY JOE McDONALD

Z-INFO-JAZZ-INFO-JAZZ-INFO-JAZZ-I

WUPPERTAL-Börse-Viehhofstraße 123

27.8. Michal Urbaniak Fusion mit Ursula Dudziak

NFO-JAZZ-INFO-JAZZ-INFO-JAZZ-INFO

„ZUM RICHTIGEN VERSTÄNDNIS DER KERNINDUSTRIE – 66 ERNIEDERUNGEN"

OBERBAUMVERLAG, BERLIN
PREIS: 7,20 DM

In diesem Buch setzt sich eine Gruppe von Physikern der Universität Bremen kritisch mit einer Reklameschrift zweier norddeutscher Elektrizitätsversorgungsunternehmen auseinander. Durch den Abdruck dieser Reklameschrift („66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie") kann der Leser sich also direkt über die Argumente der Kernkraftbefürworter informieren. Zu den einzelnen Fragen und Antworten dieser Reklameschrift (die nach Themengebieten gegliedert sind, wie Wirtschaftlichkeit, Radioaktivität, Umwelbelastung, Reaktorsicherheit etc.) stellen die Autoren ihre Positionen aus wissenschaftlicher Seite dar. Die durch Darstellung der Position beider Seiten hergestellte Objektivität ist besonder wichtig für Leute, die sich noch nicht eingehend mit der Problematik auseinandergesetzt haben.
Hinzu kommt ein leichtverständlicher Sprachstil und im Anhang eine verständliche Erklärung technischer Probleme und Fachausdrücke.
Es ist von daher als Standartwerk zur Einführung in die Probleme der Nutzung der Kernenergie durchaus empfehlenswert.

2. 9. ANTI-AKW-INFORMATIONS-VERANSTALTUNG im CLUB COURAGE
Herne 1, Bochumer Str. 86
(Hinterhof der Bäckerei Neumann).
Thema: Technische Fragen (mit leicht verständlichem Dia-Vortrag, Diskussion . . .)

die vhs VOLKSHOCHSCHULE DER STADT HERNE 4690 HERNE POSTFACH 1820

Anmeldezeiten zu Semesterbeginn

Herne-Mitte, Kulturzentrum: Am Donnerstag, 1. September

Wanne, Haus am Grünen Ring: Am Montag, 29. August

Rollenspiel (Schulspiel)

Zielgruppe:
Lehrer(innen), Sozialpädagogen, Kindergärtner (innen), Mitarbeiter in der freien Kinder- und Jugendarbeit, sowie sonstige Interessierte

Ziele:
Das Rollenspiel als Mittel pädagogischer Arbeit zu begreifen, das nicht nur Lernmittel, sondern auch eine Form, die Spaß, Lust und Spielerisches vermittelt und fördert.

Auseinandersetzung mit Realitäten und Problemen. Erkennen von Realität mit all ihren Widersprüchen. Entwicklung solidarischen Verhaltens und von Umweltbewußtsein.

mi 19.30 - 21.45 Uhr
12 Abende,
24,– DM
ab 7. 9.

Haus am Grünen Ring, Wilhelmstr. 37
Höchstteilnehmerzahl: 12
Willi Thomczyk

Mädchen - Frau - - Hausfrau ?

mi 15.00 - 16.30 Uhr
12 Nachmittage
gebührenfrei
ab 7. 9.

Kulturzentrum
Berliner Platz 11
Lucia Wyduba

Jugendgesprächskreis

Dieses wöchentlich stattfindende Jugendtreffen bietet Gelegenheit, über die Situation der Jugendlichen zu diskutieren und über die gesellschaftlichen Hintergründe der Probleme von Jugendlichen nachzudenken. Dabei sollen die persönlichen Schwierigkeiten und konkreten Bedürfnisse Ausgangspunkt der Gespräche sein. Als Themen sind vorgesehen: Berufswahl, Jugendarbeitslosigkeit, Schule, Jugendpolitik, Werbung, Gleichberechtigung, Konkurrenz- und Leistungsdruck. Weitere Themenvorschläge der Teilnehmer werden berücksichtigt.

di 19.00 - 20.30 Uhr
12 Abende
gebührenfrei
ab 6. 9.

Jugendheim
Holsterhausen,
Dorstener Str. 262
Barbara Affeldt
Werner Fiedler
(Jungsozialisten)

Bürgerinitiativen zum Umweltschutz
Film- und Wochenendseminar

Das Seminar behandelt die Ziele und Methoden der Bürgerinitiativen. Zu den vorgeführten Filmen werden Kurzreferate gehalten. Diskussionen und die Bildung von Arbeitsgruppen sollen dazu beitragen, den Einstieg in dieses hochaktuelle Thema zu erleichtern.

Veranstaltunsort: Stadtsparkasse Recklinghausen
Termin: 29. und 30. Oktober 1977
Leitung: Gunthild Bläsing
Vormerkungen und Auskünfte durch die VHS Recklinghausen, Ruf 58 73 83

In diesem Arbeitskreis geht es um das Thema „Politik für Frauen". „Politik ist ein schmutziges Geschäft!" – „Politik ist Männersache!" Stimmen diese Aussagen? Haben Frauen wirklich nichts mit Politik zu tun? Auch Frauen erleben und erleiden die Veränderungen ihrer Lebensbedingungen, sei es bei Löhnen, Preisen, Arbeitsplätzen, sei es durch zunehmende Umweltverschmutzung und Atomkraftwerkbau; auch die Gesetzgebung über Kindergärten, Schulen, medizinische Versorgung und Schwangerschaftsabbruch betreffen die Frauen unmittelbar.

mo 20.15 - 21.45 Uhr
12 Abende, gebührenfrei
ab 5. 9.

Kulturzentrum
Berliner Platz 11
Ulrike Diekenbrock,
Ilona Dobat

Das vollständige Semesterverzeichnis liegt ab 10. 8. öffentlich vor.

Studienkreis FILM

16. 8. 77 FAHR ZUR HÖLLE, LIEBLING
(Farewell, my lovely)

USA/Ge 1975; nach einem Roman von R. Chandler; D: Robert Mitchum, Charlotte Rampling; R: Dich Richards

Philip Marlowe, Produkt der „hard-bioled-school" in seinem vorläufig letzten Fall. Nicht die Auflösung der mehr als komplizierten Geschichte interessiert, sondern die zynisch-resignative Schilderung einer amerikanischen Welt des Betrügens und Betrogenwerdens.

23. 8. 77 ANDY WARHOLS WOMEN
(Women in Revolt)

USA 1970; D. Candy Darling, Holly Woodlawn, Jackie Curtis; R. Andy Warhol

Aggressive und rüde Abrechnung mit der amerikanischen Frauen-Emanzipationsbewegung „Womens Liberation": Drei Frauen, dargestellt von Transvestiten, proben den Widerstand gegen den „Tanz um den goldenen Penis" und erleben den Totalen Reinfall.

In der Uni Bochum (HZO 20) 18⁰⁰+20⁰⁰

WOLLEN SIE SICH MAL WIEDER SO RICHTIG IN IHRER FRAUENROLLE WOHLFÜHREN?

Dann schalten Sie Sa abend 18.30 Uhr das ARD ein!

„Die Mädchen aus dem Weltall" werden Ihnen zeigen, wie sie auch in einer total überspannten Frauenherrschaft ihre typ. Weiblichkeit beibehalten.
Als Pin-up-girl gekleidet haben sie sogar als Sicherheitsoffizier Chancen die Männer zu reizen.
Zwar werden Sie von den „angängigen Männern" als herrschsüchtig, erschreckend emanzipiert oder als Furien bezeichnet, doch mit Leichtigkeit wird über die „Kritik" hinweggesehen. Diese Männer werden auf die Medora-Oberfläche ausgesetzt (Zwangsarbeit).

Mit der Frauenherrschaft klappt (also) doch nicht so recht. Die Frauen zeigen hysterisches Verhalten in Konfliktsituationen (= Hilflosigkeit). Widerwillig-kratzbürstig wird die notwendige Hilfe von einem Mann geholt.
Allerdings erst in solchen Situationen, in denen sich die Medora-Zivilisation kurz vor dem totalen Chaos befindet.

TV-NACHLESE

Und der Mann hilft!

Die Frauen waren zwar in der Lage Computer zu konstruieren, aber noch Meinung des „Erdmännchens" zu dämlich (kommt von Dame) ihm die „richtigen" Fragen zu stellen.
Den Schluß, den man aus dieser Serie ziehen soll: Die Rollenverteilung hier bei uns ist also doch die richtige !

Ja ? ? ?

Voraussichtlich letzte Folge: Samstag, 30. Juli 1977

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Axel Kuhlmann
Laurentiusstraße 29
4690 Herne 2

Druck: Gegendruck Essen

Alle nicht gezeichneten Artikel entsprechen der Meinung der Redaktion.

klein anzeige

Wohngemeinschaft sucht Haus zu mieten/pachten. Ca. 250 qm Wohnfläche mit Garten.
Angebote an: J. Gorgol, Herten, Ewaldstraße 131

LIEBHABERSTÜCK 100 Jahre alter Schreibtisch zu verkaufen. 1a Zustand, hoher Gebrauchswert. Preis VB
An die Red. unter: 11 71

Wer verschenkt Kühlschrank? H. Nicolaisen, Gabelsbergerstr. 5, 4690 Herne

DÜRKOPP MD 150 Baujahr 1952, 1a Zustand, TÜV frei, Versicherung und Steuern im Vierteljahr ca. 45 DM! KmStand originel 40.000 km Preisvorstellung: 600 DM
R. Milewski, Bickernstr. 81, Herne

Junges Ehepaar, 1 Kind, sucht 3 1/2 Zimmer Wohnung. Altbau angenehm, wenn's geht mit Garten. Miete bis 300,– DM
W. Grimm, Landgrafenstraße 4, 4690 Herne 2

TRIUMPH

Für unsere Bastler-Kooperative suchen wir noch jede Menge Teile von Motorrad-Veteranen, speziell BMW und TRIUMPH/D, aber auch andere Typen. Wir sind evtl. auch bereit zu tauschen.

An die Red. unter BDG 250

NACHWUCHSRENNFAHRER sucht Mofa oder ähnliches.
Michael Litschel, Gabelsbergerstr. 2a
Tel. 3 26 98

WELT-MARKT

Wo sind wir?

WELTMARKT HERNE
4690 Herne 1 · Heinrichstraße 5
Tel.: 5 26 81

HERNE
Viktor-Reuter-Str.
Bahnhofstraße
Weltmarkt
Heinrichstr.